

JUNG, MOTIVIERT — UND TROTZDEM BROKE?

Wie Armut junge Menschen trifft
— und was sich ändern muss

Vorwort
Seite 4

01
Einleitung
Seite 5

02
**Junge Menschen
ohne Ausbildung**
Seite 6

03
**Junge Menschen
während der Ausbildung**
Seite 10

04
**Junge Menschen
im Studium**
Seite 12

05
Junges Wohnen
Seite 14

06
Rente
Seite 16

07
**Übersicht
Kernforderungen**
Seite 18

08
Nützliche Links
Seite 19

Impressum

Herausgeber:
DGB Rheinland-Pfalz / Saarland
Kaiserstraße 26-30
55116 Mainz
www.rheinland-pfalz-saarland.dgb.de

Verantwortlich:
Susanne Wingerts Zahn, Vorsitzende DGB Rheinland-Pfalz / Saarland

Redaktion:
Caja Stübenrath
Julia Kaffai
Myriam Lauzi

Layout:
Jana Keller Design

Druck:
DCM

Stand:
Mai 2026

Liebe Leserinnen und Leser,

Bildung, Wohnen, Rente — drei essenzielle Themen, die Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und uns Gewerkschaften umtreiben. Themen, in denen sich die soziale Frage widerspiegelt. Und Themen, bei denen es in Deutschland mächtig kriselt, wo es nicht rund läuft und wo dringend etwas passieren muss.

Debatten um die Ausstattungen von Schulen, um Lehrpläne, um Sozialwohnungen oder um die Rente mit 70 — es gibt aktuell viele Vorschläge, wie wir das Ruder rumreißen könnten. Viele davon sind aus meiner Sicht nicht zielführend, siehe letztes Beispiel. Was aber selten Gegenstand der Debatte ist: Wie ist die Situation von euch Jugendlichen? Ein Studium oder eine Ausbildung stellen für Jugendliche und junge Erwachsene ein Armutsrisiko dar. Weil das BAföG nicht reicht, weil die Ausbildungsvergütung zu niedrig ist. Und auch, weil es nicht genügend günstigen Wohnraum gibt.

Bildung, Wohnen, Rente — drei Themen, deren Probleme besonders bei jungen Menschen zutage treten. Aber ihr Jugendlichen habt keine starke Lobby, die für euch spricht. Mit dieser Broschüre zu Jugendarmut wollen wir den Fokus auf eure Situation, die Situation junger Menschen legen. Wir zeigen mit ganz konkreten Forderungen, wie wir eure Lage aus Sicht der Gewerkschaften verbessern können.

Ihr seid die Fachkräfte von morgen. Ihr seid die, die den Laden in Zukunft am Laufen halten müssen. Und ihr seid es, die sich für unsere Demokratie einsetzen müssen, die von vielen Seiten attackiert wird. Wer ein Leben in Armut führt, kann dies schwerlich leisten. Deshalb müssen wir was ändern!

Susanne Wingertszahn

Vorsitzende DGB Rheinland-Pfalz / Saarland



Credit: DGB / Dennis Weissmantel

In Deutschland wächst jedes fünfte Kind unter 18 Jahren in einer Familie auf, die von Armut betroffen bzw. gefährdet ist. Besonders im Saarland und in Rheinland-Pfalz ist der Anteil der betroffenen Kinder hoch. Jedes vierte Kind/Jugendlicher unter 18 Jahren gilt im Saarland (26,0 %) und fast jedes vierte Kind/Jugendlicher in Rheinland-Pfalz (23,8%) als armutsgefährdet. Die aktuellen Krisen und Preissteigerungen haben die Situation erheblich verschärft. Armut im Kindes- und Jugendalter hat weitreichende negative Folgen, da sie die Zukunftschancen junger Menschen massiv einschränkt und ihre beruflichen Perspektiven beeinträchtigt. Sie führt zur sozialen Ausgrenzung und erschwert den Zugang zu Bildung. Langfristig führt dies oft zu weniger Chancen auf dem Arbeitsmarkt und bei der gesellschaftlichen Teilhabe.

Zudem belastet Jugendarmut das gesellschaftliche Zusammenleben und führt zu höheren sozialen Kosten (z.B. Unterstützungsleistungen, Wohnkosten usw.). Viele junge Menschen erleben auch in ihrer Ausbildung, dass das Geld am Ende des Monats kaum reicht. Steigende Mieten, hohe Lebenshaltungskosten und zu niedrige Ausbildungsvergütungen machen das Leben für viele Auszubildende, Studierende und Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung zur täglichen Herausforderung. Wer eine Ausbildung macht, arbeitet engagiert, lernt einen Beruf und trägt zum Funktionieren unserer Gesellschaft bei. Auch Studierende leiden, wegen der Finanzierung ihres Lebens, zusätzlich zum Studium häufig unter der Doppelbelastung durch Nebenjobs. Das darf nicht sein.

Armut in der Ausbildung ist längst kein Randthema mehr. Sie betrifft Tausende junge Menschen in ganz Deutschland — besonders dort, wo Ausbildungsplätze fehlen, Tarifverträge nicht angewandt werden, Wohnraum knapp und teuer ist und familiäre Unterstützung fehlt. Viele Auszubildende und Studierende müssen nebenher jobben, verzichten auf Freizeit, Mobilität oder gesunde Ernährung und leben in ständiger Unsicherheit. Diese Situation ist kein individuelles Schicksal, sondern Ausdruck struktureller Ungerechtigkeit und politischer Versäumnisse. Gleichzeitig gibt es sinnvolle Unterstützungsmöglichkeiten, die kaum bei den genannten Personengruppen bekannt sind.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund Rheinland-Pfalz / Saarland und seine Mitgliedsgewerkschaften sagen klar:

Wir sind ein reiches Land — Armut darf nicht sein — erst recht nicht in der Ausbildung oder dem Studium. Ausbildung muss zum Leben reichen! Junge Menschen brauchen faire Chancen, sichere Perspektiven und gute Rahmenbedingungen, um sich entfalten zu können. Dazu gehören Ausbildungsplätze für alle, flächendeckende Tarifverträge, eine armutsfeste Mindestvergütung, ein breit aufgestelltes BAföG, bezahlbarer Wohnraum und eine solidarische Sozialpolitik, die niemanden zurücklässt — sowie eine Rentenpolitik, die Generationengerechtigkeit wahrt und auch jungen Menschen eine sichere Rente garantiert.

Dieses Dossier beleuchtet die Lebensrealität junger Menschen ohne Ausbildung, aber auch in Ausbildung und dem Studium unter dem Druck steigender Lebenshaltungskosten. Es zeigt, wie groß die Lücken zwischen Anspruch und Wirklichkeit sind — und macht deutlich, welche politischen und gesellschaftlichen Schritte jetzt notwendig sind. Wenn wir über Fachkräftesicherung, Bildungsgerechtigkeit und Zukunftschancen sprechen, müssen wir auch über Jugendarmut sprechen. Der DGB steht an der Seite der jungen Generation. Gemeinsam mit der DGB-Jugend, den Jugend- und Auszubildendenvertretungen und den betrieblichen Interessenvertretungen kämpfen wir für gute Ausbildung, faire Vergütung und ein Leben ohne Armut. Denn wer die Zukunft gestalten soll, darf heute nicht in Armut leben. Ausbildung muss stark machen — nicht schwach.

Armut ohne Ausbildung — warum das oft zusammenhängt

Ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung ist es oft schwer, einen gut bezahlten und sicheren Job zu bekommen. Menschen ohne Ausbildung verdienen im Durchschnitt deutlich weniger: Im Jahr 2023 lag ihr monatliches Bruttoeinkommen bei etwa 3.060 Euro, während Menschen mit Berufsausbildung durchschnittlich rund 3.714 Euro verdienten¹ — also fast 700 Euro mehr im Monat.

Auch beim Thema Arbeitslosigkeit gibt es große Unterschiede. Rund 20 Prozent der Menschen ohne Berufsabschluss waren 2023 arbeitslos, während es bei Menschen mit abgeschlossener Ausbildung nur etwa 3,0 Prozent waren.² Das heißt: **Wer keine Ausbildung hat, ist fast siebenmal so häufig arbeitslos wie Menschen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung.**

In schwierigen Zeiten, wie z. B. während einer Wirtschaftskrise, verlieren gering qualifizierte Menschen ihren Job oft zuerst. Außerdem haben sie es schwerer, wieder eine neue Stelle zu finden.

Deshalb ist eine Ausbildung sehr wichtig: Sie hilft, mehr zu verdienen, Arbeit zu finden und auf eigenen Beinen zu stehen. Wer eine Ausbildung abschließt, verbessert seine Chancen auf eine sichere und selbstbestimmte Zukunft.

Warum manche Jugendliche keinen Ausbildungsplatz finden — und was sich ändern muss

Viele Jugendliche in Deutschland wollen genau das machen und nach der Schule eine Ausbildung beginnen — aber nicht alle finden einen Platz. Im Jahr 2024 fanden in Rheinland-Pfalz 17,4 Prozent also 3.548 der ausbildungsinteressierten jungen Menschen keinen Ausbildungsplatz, obwohl sie suchten. Auch im Saarland konnten 15,4 Prozent (671 junge Menschen) der Ausbildungsinteressierten keine Ausbildungsstelle finden.³

Wichtig sind mehr Programme, die den Einstieg in eine Ausbildung — auch für Menschen ohne Schulabschluss — begleiten, wie z.B. die IG BCE dies mit „Start in den Beruf“ verankert hat.⁴

Woran liegt das?

In einigen Regionen — besonders auf dem Land — gibt es zu wenig Betriebe, die ausbilden. In anderen Fällen passen die Ausbildungsangebote nicht zu den Interessen der Jugendlichen. Viele wollen z. B. im Bereich Medien arbeiten, während freie Stellen oft im Handwerk oder technischen Berufen zu finden sind. Außerdem achten Unternehmen oft zu stark auf Noten — und übersehen dabei engagierte junge Menschen mit praktischen Stärken.

Gerade auch für Jugendliche, die nicht von ihren Eltern bei der Berufswahl unterstützt werden können, die in kleinen Dörfern auf dem Land leben, die Sprachschwierigkeiten oder psychische Belastungen haben, ist es besonders schwierig, eine passende Ausbildungsstelle zu finden. Manchmal ist es auch einfach der ausländisch klingende Nachname, der eine Ausbildung verhindert. Betriebsräte können hier eingreifen und Richtlinien für die Bewerber*innenauswahl mit dem Arbeitgeber festlegen — z.B. anonymisierte Bewerbungen oder Quoten für schlechtere Schulabschlüsse festlegen.

¹ Infografik: Bildung zählt sich aus | Statista

² Blickpunkt Arbeitsmarkt: Arbeitsmarktsituation von langzeitarbeitslosen Menschen, S. 13

³ bibb-datenreport-2024-final.pdf, S. 18

⁴ Gute Ausbildung – darum kümmern wir uns!

Deshalb fordert der DGB Rheinland-Pfalz/Saarland:

- 1 Mehr Praktika:** Gerade Jugendliche mit schwierigeren Startbedingungen überzeugen Betriebe in Praktika von ihren Qualitäten. Deshalb fordern die Gewerkschaften die Betriebe auf, Praktikumsplätze anzubieten. Wer noch keine Ahnung hat, in welchem Bereich man später arbeiten möchte, kann auch im Rahmen der Praktikumswochen Betriebe kennen lernen und für einen Tag in den Arbeitsalltag reinschnuppern.
 - 2 Mehr Ausbildungsplätze und flexiblere Anforderungen von Unternehmen:** Nicht nur auf Zeugnisse schauen, sondern im Gespräch oder Praktikum die Potentiale erkennen.
 - 3 Ein Zukunftsfonds für Ausbildung:** Wer Jugendliche mit zusätzlichem Unterstützungsbedarf ausbildet, sollte nicht allein auf den Kosten sitzenbleiben. Wir fordern eine faire Finanzierung der Ausbildung — mit Beteiligung aller Betriebe.
 - 4 Eine Ausbildungsgarantie,** die ihren Namen verdient. Wer keine betriebliche Ausbildung findet, der sollte seine Zeit nicht in Warteschleifen verbringen, sondern notfalls außerbetrieblich ausgebildet werden.
 - 5 Freistellung von Auszubildenden für zusätzliche Förderung,** z.B. Spracherwerb, wenn sonst das Ausbildungsziel in Gefahr ist.
 - 6 Berufseinstiegs-Programme wie „Start in den Beruf“** sollten ausgeweitet und in allen Branchen umgesetzt werden!
- **Der Weg zu einer Ausbildung ist ein Weg um sich für ein gutes Leben und gegen Armut abzusichern. Daher haben wir dir auf den nächsten Seiten eine Checkliste für die Ausbildungssuche zusammengestellt.**



Lina ist 19 Jahre alt, lebt seit zweieinhalb Jahren in Deutschland und wohnt in Kaiserslautern. Ihr großer Traum ist eine Ausbildung zur Friseurin — Haare schneiden, stylen und mit Menschen arbeiten macht ihr großen Spaß. Im Salon läuft es gut, mit den Kund*innen versteht sie sich, aber in der Berufsschule kämpft sie mit der deutschen Sprache. Lesen und Schreiben fällt ihr schwer, sie schreibt oft Fünfen. Zusätzlicher Sprachunterricht wäre dringend nötig, doch ihr Ausbildungsbetrieb stellt sie dafür nicht frei. Ohne bessere Deutschkenntnisse hat sie es schwer, die Ausbildung erfolgreich abzuschließen. Trotzdem übt Lina fleißig, schaut Videos, liest einfache Texte und spricht so viel Deutsch wie möglich. Trotz aller Anstrengungen besteht sie die Abschlussprüfung nicht. Ihr Betrieb bietet ihr zwar einen Job zum Mindestlohn an, doch Lina steht nun vor einer schweren Entscheidung: Arbeiten — ungelernt und zum Mindestlohn- oder weiter Deutsch lernen, die Prüfung wiederholen und ihren Traum nicht aufgeben.

Checkliste für die Ausbildungsplatzsuche

1

Fang frühzeitig an zu suchen. Ausbildungsstart ist in der Regel im August/September eines Jahres. Die Bewerbungen für eine Ausbildung sollten je nach Ausbildungsbetrieb aber bereits ein bis ein halbes Jahr im Voraus abgeschickt werden.

2

Orientiere dich daher frühzeitig und beginne rechtzeitig damit, nach Betrieben zu suchen.

3

Erste Wegweiser auf der Suche können natürlich die Berufsberatung in der Schule und Schulpraktika sein. Solltest du danach allerdings noch unsicher sein, lohnt sich ein Blick auf die Seite der Bundesagentur für Arbeit. Scheue nicht davor, dir im Zweifel auch einen Termin bei der Bundesagentur für Arbeit/der Jugendberufsagentur geben zu lassen: <https://www.arbeitsagentur.de/bildung/noch-planlos>.

4

Hast du dich entschieden, in welchem Beruf du dich ausbilden lassen willst, recherchierst du Betriebe. Viele Betriebe melden ihre offenen Ausbildungsstellen ausschließlich bei der Arbeitsagentur und haben zum Beispiel keinen eigenen Web-Auftritt. Auch positive Erfahrungen bei Betrieben von Freund*innen und Verwandten können dich zum richtigen Betrieb lotsen. Über die Homepages der Kammern (IHK Industrie und Handelskammer & HWK Handwerkskammer) kannst du wertvolle Infos und Tipps bekommen.

5

Bewirb dich bei mehreren passenden Betrieben und erstelle ein Ranking, um deine Prioritäten im Blick zu behalten. Folgende Faktoren könnten Merkmale für gute Ausbildungsbetriebe aus gewerkschaftlicher Sicht sein:

- Tarifbindung & faire Bezahlung: Tarifverträge sorgen für gerechte Löhne, klare Arbeitszeiten und feste Regeln. Zahlt der Betrieb nach Tarifvertrag?
- Liegt die Ausbildungsvergütung mindestens auf Tarifniveau oder darüber?
- Suche auf der Website des Unternehmens nach Stichworten wie „tarifgebunden“ oder „nach Tarifvertrag“.

Wirst du nicht fündig, lohnt es sich bei der Gewerkschaft nachzufragen:

Gewerkschaften



DGB-Jugend Ausbildungskompass



Dr. Azubi



- Betriebliche Mitbestimmung und Betriebsrat: Ein Betriebsrat setzt sich für die Interessen der Beschäftigten und Auszubildenden ein. Gibt es einen Betriebsrat? Gibt es eine Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV)? Werden Azubis ernst genommen und beteiligt?
- Bietet der Betrieb Wohnraum für Auszubildende an? Wenn ja, wird er sicher damit auch auf seiner Website werben.

6

Sobald du dich für Betriebe entschieden hast, folgt die Bewerbung und hoffentlich ein Bewerbungsgespräch. Auf den Seiten der Agentur für Arbeit, sowie der DGB-Jugend und der Mitgliedsgewerkschaften findest du hilfreiche Tipps dazu. Das Anschreiben ist das Herzstück deiner Bewerbung und zeigt deine Motivation sowie, warum du dich für den Betrieb entschieden hast.

Aus gewerkschaftlicher Sicht kannst du mit gezielten Fragen im Bewerbungsgespräch herausfinden, ob der Betrieb zu dir passt. Hier ein paar Fragen, die du in Bewerbungsgesprächen über die üblichen Fragen hinaus stellen kannst:

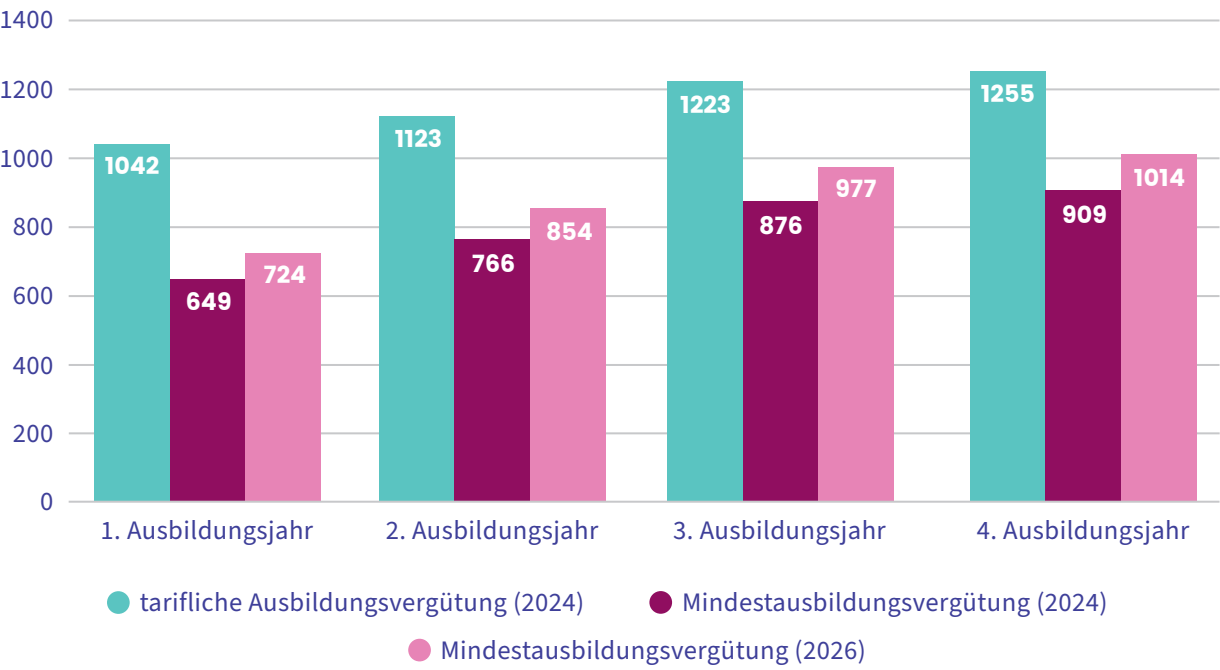
- Wird die Ausbildung nach Tarifvertrag vergütet?
- Wie hoch ist die Ausbildungsvergütung pro Ausbildungsjahr?
- Gibt es im Unternehmen einen Betriebsrat?
- Existiert eine Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV)?
- Gibt es einen betrieblichen Ausbildungsplan?
- Durchlaufe ich verschiedene Abteilungen?
- Wie sehen die regelmäßigen Arbeitszeiten aus?
- Fallen Überstunden an und wie werden diese ausgeglichen?
- Wie viele Urlaubstage habe ich?
- Gibt es eine Übernahmegarantie oder schriftliche Zusagen?
- Wie werden Auszubildende in den Arbeitsalltag eingebunden?
- Gibt es regelmäßige Feedback- oder Entwicklungsgespräche?

Überlege, welche Fragen für dich wichtig sind. Du musst nicht alle stellen, da einige Punkte von selbst angesprochen werden. Faire Betriebe beantworten wichtige Fragen offen und transparent.

03 JUNGE MENSCHEN WÄHREND DER AUSBILDUNG

Klar, während einer Ausbildung verdient man kein großes Gehalt — aber für viele muss es trotzdem für ein eigenständiges Leben reichen. 71,3 Prozent (Rheinland-Pfalz) bzw. 78,1 Prozent (Saarland) der Auszubildenden sind über 18 Jahre alt⁵ und viele davon möchten gern ein selbstständiges Leben führen. Trotzdem lebten im Jahr 2022 laut dem Mikrozensus noch 77 Prozent der Auszubildenden in Deutschland, die eine Ausbildungsvergütung erhielten, im Elternhaus. Das hat auch einen Grund, denn die Auszubildenden mit eigenem Haushalt sind armutsgefährdet.

Deshalb ist es gut, dass zumindest ein Teil der Azubis eine tarifliche Ausbildungsvergütung erhält. **Denn mit einer tariflichen Ausbildungsvergütung lässt es sich besser über die Runden kommen als mit der Mindestausbildungsvergütung.** Wir Gewerkschaften handeln für dich die tariflichen Ausbildungsvergütungen aus.



Quellen: tarifliche Ausbildungsvergütung: Tarifliche Ausbildungsvergütungen 2024, Höchster jemals gemessener Anstieg des gesamtdeutschen Durchschnitts, Gudrun Schönfeld | Felix Wenzelmann; BIBB FACHBEITRÄGE ZUR BERUFLICHEN BILDUNG

Betrachtet man zum Beispiel die Wohnkosten (siehe Kapitel 5), die von der Ausbildungsvergütung abgehen, zeigt sich schnell, dass sich davon nur schwerlich leben lässt. Viele Auszubildende ziehen deshalb gar nicht aus der elterlichen Wohnung aus, sondern pendeln teilweise auch sehr weite Wege zu ihrer Ausbildungsstelle. Doch auch die Mobilität kostet Geld. Dank des Drucks der Gewerkschaften wurde das junge-Leute-Ticket 2023 im Saarland eingeführt, so dass junge Saarländer*innen das Deutschlandticket vergünstigt für nur 44,40 Euro kaufen können. Mit dem Deutschlandticket hat sich die Situation auch für Azubis in Rheinland-Pfalz verbessert. 2019 zahlten Azubis durchschnittlich über 100 Euro monatlich für ihre Mobilitätskosten, so sind es aktuell mit dem Deutschlandticket 63 Euro. Unfair dabei ist nur, dass sie das gleiche zahlen müssen, wie ihre Kolleg*innen, die einen Facharbeiterlohn erhalten. Deshalb sollten Betriebe ihren Azubis finanziell dabei stärker unterstützen. Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) soll eigentlich junge Menschen unterstützen, die ihren Lebensunterhalt nicht durch die Ausbildungsvergütung alleine bestreiten können. Leider ist die Zahl der Azubis, die BAB erhalten, sehr gering: In Rheinland-Pfalz erhalten nur rund 3 Prozent und im Saarland etwa 4 Prozent aller Auszubildenden eine finanzielle Unterstützung über die Berufsausbildungsbeihilfe. Die BAB zu beantragen, ist aufwendig, die Aussichten eher gering. Neben den Anforderungen, dass die Wegezeit 2 Stunden betragen muss, gibt es Altersgrenzen. Außerdem wird das Einkommen der Eltern angerechnet, egal ob sie den jungen Menschen finanziell unterstützen oder nicht.

⁵ BIBB / Datenreport, S.179

Deshalb fordert der DGB Rheinland-Pfalz/Saarland:

- 1** Eine deutliche **Erhöhung der Ausbildungsvergütungen- am besten mit Tarifvertrag!** Damit sich alle eine Ausbildung leisten können.
- 2** **Azubi-Wohnheime**, die sich Azubis auch leisten können.
- 3** Ein **Azubi-Ticket für Rheinland-Pfalz**, damit Azubis klimaschonend und bezahlbar zum Ausbildungsbetrieb und zur Berufsschule kommen!
- 4** Eine **Reform der Berufsausbildungsbeihilfe (BAB)**, die das BAB unbürokratischer und unabhängig von den Eltern ausgestaltet.

Ähnlich wie im gesamten Erwerbsleben werden auch junge Frauen in der Ausbildung in der Regel schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen. Sie sind in der dualen Ausbildung generell unterrepräsentiert und machen häufiger duale Ausbildungen in schlechter bezahlten Berufen (bspw. in den freien Berufen, wie Rechtsanwaltsfachangestellte, Frauenanteil 89,7%).



Till ist 21 Jahre alt und im zweiten Ausbildungsjahr zum Bäcker. Er hat großes Glück: Sein Betrieb zahlt nach Tarif, weshalb er mit 1.200 Euro im Monat rund 400 Euro über der gesetzlichen Mindestausbildungsvergütung liegt. Trotzdem ist das Geld knapp. Wegen familiärer Konflikte konnte Till nicht zuhause wohnen bleiben und lebt nun in Mainz. Für seine kleine Wohnung zahlt er 600 Euro im Monat — ein echtes Glück, denn die Wohnungssuche war schwierig. Vor allem sein nicht deutsch klingender Nachname führte zu vielen Absagen, bis er schließlich über Bekannte etwas fand. Nach Abzug von Miete, Deutschlandticket und Lebensmitteln bleibt kaum etwas übrig. Freizeitaktivitäten wie Kino oder Konzerte kann er sich selten leisten, Rücklagen sind unmöglich. Trotz fairer Bezahlung zeigt Tills Situation, wie herausfordernd es selbst für Auszubildende mit Tariflohn ist, in Städten mit hohen Lebenshaltungskosten über die Runden zu kommen.

04 JUNGE MENSCHEN IM STUDIUM

Armut im Studium — warum das oft zusammenhängt

Studierende sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft — sie sind die Fachkräfte von morgen. Trotzdem leben viele von ihnen in ständiger finanzieller Unsicherheit. Aus gewerkschaftlicher Sicht ist klar: Die Bedingungen, unter denen junge Menschen studieren, sind unhaltbar und verschärfen soziale Ungleichheit.

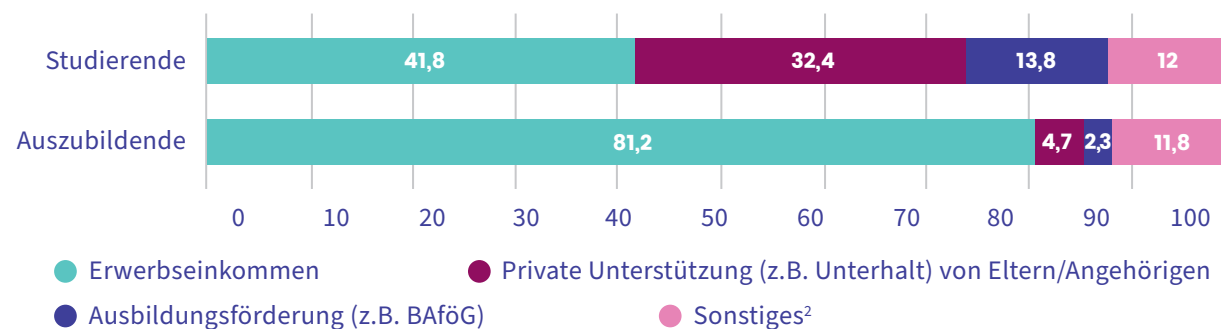
Viele Studierende haben nur ein sehr geringes oder unsicheres Einkommen. Sie arbeiten in Minijobs, als Werkstudierende oder hangeln sich von kurzfristigen Beschäftigungen zu Gelegenheitsjobs. Ihre Arbeitszeit ist durch Studium und Prüfungen eingeschränkt und die Bezahlung ist oft niedrig. Zusätzlich verharren Studierende, die arbeiten müssen, oft länger im Studium, da sie durch die Arbeitszeit nicht so viel Zeit fürs Lernen oder Seminare zur Verfügung haben. Sie sind also länger in diesen prekären Anstellungsverhältnissen und zahlen erst sehr viel später regulär in die Rentenkasse ein. Dies kann sich im Alter rächen.

Gleichzeitig steigen die Lebenshaltungskosten in rasantem Tempo. Vor allem Mieten in Universitätsstädten verschlingen einen großen Teil des Budgets. Auch für Krankenversicherung, Lebensmittel, Mobilität und Semesterbeiträge bleibt kaum Geld übrig. Zum Teil ist das bei dual Studierenden etwas weniger angespannt, doch auch hier klaffen riesige Lücken.

Das BAföG, das eigentlich für Chancengleichheit sorgen sollte, erreicht nur einen Bruchteil der Studierenden. Die Fördersätze sind zu niedrig und decken die realen Kosten längst nicht mehr ab. Viele Studierende fallen ganz aus dem System, weil das Einkommen der Eltern zu hoch angesetzt wird — auch wenn diese tatsächlich nicht in der Lage sind ausreichend zu unterstützen oder familiäre Konflikte dazu führen, dass man sich von den Eltern unabhängig machen möchte. Gleichzeitig sind andere staatliche Leistungen wie Bürgergeld in der Regel ausgeschlossen. Damit werden Studierende systematisch zwischen Studium und Sozialstaat eingeklemmt und bleiben weitgehend ungeschützt.

Einkommensstruktur von Studierenden und Auszubildenden mit eigener Haushaltsführung¹

Anteil am Nettoeinkommen in Prozent



¹ Allein oder ausschließlich mit anderen Studierenden und/oder Auszubildenden Lebende. | ² Sonstiges Einkommen: u. a. Kindergeld und Hinterbliebenenrente
Quelle: EU-SILC 2024

Noch immer generieren Studierende im Durchschnitt 41,8 Prozent ihres Einkommens durch Erwerbsarbeit und 32,4 Prozent als private Unterstützung durch Angehörige. Nur 13,8 Prozent des Einkommens von Studierenden wird durch Förderungen wie z.B. BAföG abgedeckt.

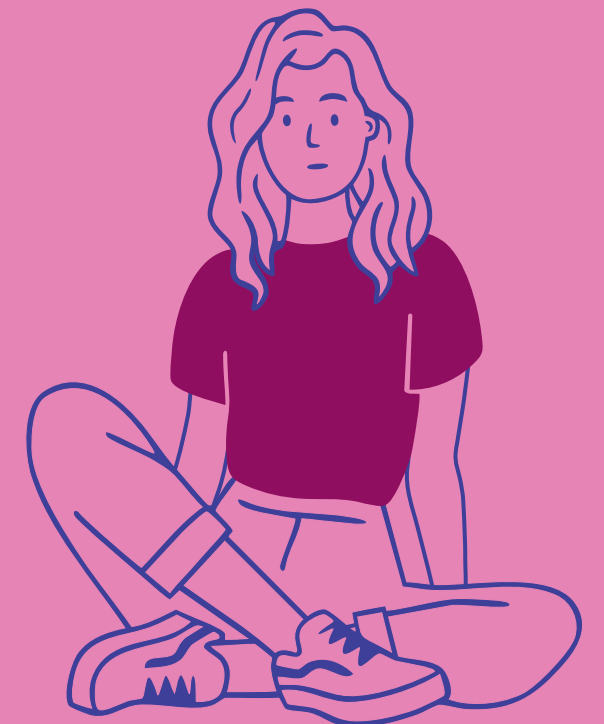
Die Abhängigkeit von familiärer Unterstützung verstärkt soziale Ungleichheit. Wer Eltern hat, die helfen können, ist deutlich besser abgesichert. Wer diese Unterstützung nicht hat, muss mehr arbeiten, lebt häufiger am Existenzminimum und läuft Gefahr, sein Studium gar nicht abschließen zu können. Besonders betroffen sind junge Menschen aus einkommensschwachen Familien oder mit Migrationshintergrund.⁶

Deshalb fordert der DGB Rheinland-Pfalz/Saarland:

- 1** Eine **existenzsichernde und elternunabhängige Studienfinanzierung!**
Gute Bildung darf keine Frage des Geldbeutels sein!
- 2** Anpassung der **BAföG-Sätze** an die realen Lebenshaltungskosten!
- 3** **Soziale Absicherung** von Studierenden endlich stärken!
- 4** Mehr **bezahlbaren Wohnraum** für junge Menschen!

Wir wollen, dass alle — unabhängig von Herkunft und finanziellen Möglichkeiten — eine faire Chance auf gute Bildung haben. Daher müssen wir jetzt handeln. Studierende sind nicht nur Lernende — sie sind auch Beschäftigte, Mieter*innen und Mitglieder der Gesellschaft. Ihre Rechte müssen gestärkt werden.

Lara steht exemplarisch für viele junge Menschen, die ihren Bildungsweg zwischen finanzieller Unsicherheit, Leistungsdruck und familiärem Rückhalt gestaltet. Nach dem Abitur begann sie ein geisteswissenschaftliches Studium in Saarbrücken. Ihre Eltern übernehmen die Miete ihrer kleinen Wohnung — ohne sie wäre ein eigenständiges Leben kaum möglich. Um eigene Ausgaben wie Essen, Freizeit und Studienmaterial zu decken, arbeitet Lara zwei bis drei Tage pro Woche in einem Café zum Mindestlohn. Wegen einer chronischen Erkrankung kann sie manchmal nicht arbeiten, weiß aber nicht, dass ihr Lohnfortzahlung zusteht. Rücklagen hat sie keine; Krankheit oder Jobverlust würden sie in Bedrängnis bringen. Lara steht damit für eine Generation, die trotz Engagement und Leistungswillen zwischen Privileg und Prekarität balanciert — gut ausgebildet, aber strukturell unsicher.



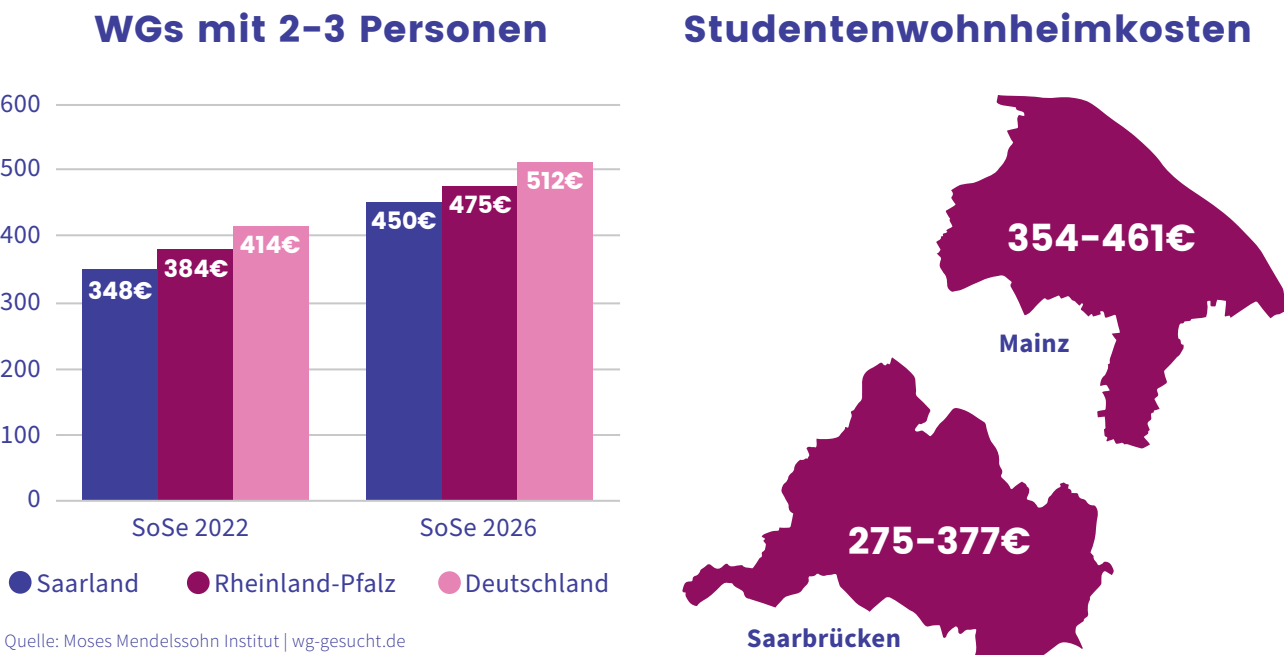
Wohnen darf kein Armutsrisiko darstellen – erst recht nicht in Ausbildung und Studium!

Bezahlbarer Wohnraum wird für viele junge Menschen zu einer immer größeren Herausforderung — sei es während der Ausbildung, im Studium oder beim Start ins Berufsleben. Unsichere Jobs, hohe Mieten und Wohnungsmangel machen es schwer, selbstständig und gut zu wohnen. Aus gewerkschaftlicher Sicht sagen wir ganz klar: Wohnen ist ein soziales Grundrecht — kein Spekulationsobjekt. Die Politik bleibt jedoch hinter den Erwartungen zurück: Trotz des Förderprogramms „Junges Wohnen“ tun die Länder zu wenig. Im Saarland wurden im Jahr 2024 beispielsweise 226 neue Studierendenwohnheimplätze geschaffen, während in Rheinland-Pfalz kein einziger entstand. Der DGB Rheinland-Pfalz/Saarland setzt sich dafür ein, dass sich das ändert: für einen Zugang zu bezahlbarem Wohnraum, durch mehr geförderte Wohnungen, starke Mieter*innenrechte und eine soziale Wohnungspolitik. **Gute Lebensbedingungen sind nicht nur eine Frage von bezahlbarem Wohnraum, sondern gehören genauso zu einem gelungenen Start ins Arbeitsleben wie faire Löhne und sichere, gesunde Arbeit.**

Mietkosten

In den letzten Jahren sind die Kosten für einen Platz im Studierendenwohnheim oder in einer WG in Rheinland-Pfalz (plus 23,7, Prozent) und dem Saarland (plus 29,3 Prozent) massiv gestiegen. Im bundesweiten Durchschnitt betrug die Steigerung plus 23,7 Prozent.

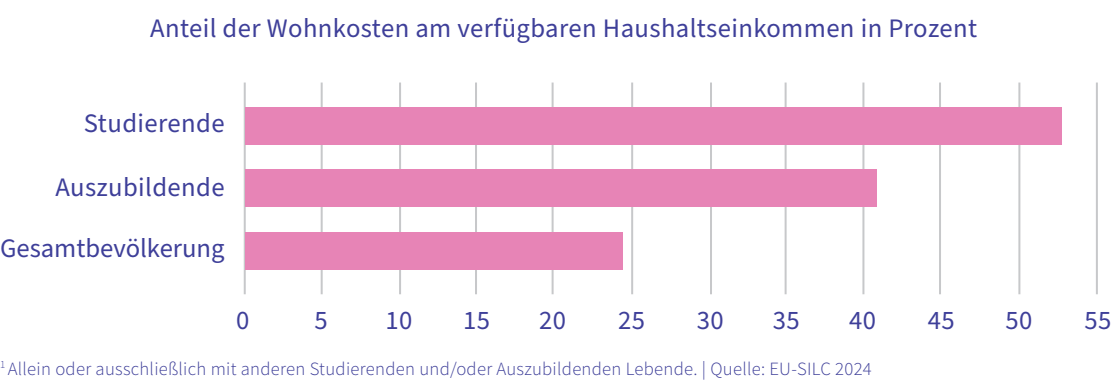
In der Landeshauptstadt Mainz sind die Mieten besonders teuer mit durchschnittlich 540 Euro pro WG-Platz. Mainz gehört damit zu den teuersten Hochschulstädten in ganz Deutschland.



Wohnkostenbelastung

Studierende mit eigener Haushaltsführung müssen im Durchschnitt 53 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für Wohnkosten aufbringen, Auszubildende rund 41 Prozent. Damit liegt die Wohnkostenbelastung in diesen Gruppen deutlich über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung, der bei knapp 25 Prozent liegt. Nach Abzug wohnungsbezogener Transferleistungen — wie etwa Wohngeld oder Leistungen aus dem BAföG — gilt eine Belastung von über 40 Prozent als kritisch. Im Jahr 2024 waren davon 62 Prozent der Studierendenhaushalte und 37 Prozent der Auszubildendenhaushalte betroffen. Deutlich besser stellt sich die Lage für jene dar, die in Wohngemeinschaften leben: hier liegt der Anteil überbelasteter Studierender bei nur 34 Prozent, bei Auszubildenden sogar bei lediglich 12 Prozent. Das zeigt, wie entscheidend gemeinschaftliche Wohnformen zur finanziellen Entlastung beitragen können.

Wohnkostenbelastung Studierender und Auszubildender mit eigener Haushaltsführung¹



Einkommensstruktur von Studierenden und Auszubildenden mit eigener Haushaltsführung

Die Hälfte der Studierenden mit eigener Haushaltsführung verfügt über weniger als 930 Euro im Monat, 50 % der Auszubildenden über weniger als 1.278 Euro.

Transferleistungen

Seit dem WiSe 2024/2025 beträgt sowohl beim BAföG als auch bei der Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) die Wohnpauschale höchstens 380 Euro. Personen, ohne den Anspruch auf diese beiden Leistungen, können ggf. Wohngeld beantragen.

Hohe Wohnkosten gefährden die Bildungs- und Lebensqualität junger Menschen

Aus gewerkschaftlicher Sicht ist die steigende Wohnkostenbelastung für Studierende und Auszubildende in Rheinland-Pfalz und dem Saarland besorgniserregend. Während die durchschnittlichen Kosten für einen WG-Platz in Rheinland-Pfalz bei 475 Euro und im Saarland bei 450 Euro liegen, beträgt der maximale BAföG bzw. BAB-Satz für die Unterkunft lediglich 380 Euro. Das bedeutet, dass Studierende und Auszubildende monatlich mit einem Defizit von 95 Euro in Rheinland-Pfalz und 70 Euro im Saarland zurechtkommen müssen. Diese Differenz muss auf andere Weise gedeckt werden — was in der Praxis jedoch kaum möglich ist und damit zu Lasten der Bildungs- und Lebensqualität junger Menschen geht. Die stetig steigenden Wohnkosten tragen somit erheblich zur Armutsgefährdung von Studierenden und Auszubildenden bei.

Deshalb fordert der DGB Rheinland-Pfalz/Saarland:

- 1 Eine **Bedarfsstudie zur Ermittlung des benötigten Wohnraums** für Auszubildende und Studierende!

2 Eine echte **Bauoffensive** für geförderten Wohnraum speziell für junge Menschen!

3 **Azubi- und Studierendenwohnheime mit Preisen, die sich die jungen Menschen auch leisten können!**
- 4 **Klare Trägerstrukturen und eine auskömmliche Finanzierung für Azubiwohnheime** — besonders für unter 18-Jährige!

5 Eine **bessere Finanzierung der Studierendenwerke**, um bezahlbares Wohnen und studentische Infrastruktur zu sichern!

Der DGB Rheinland-Pfalz/Saarland sieht dringenden Handlungsbedarf, damit der Generationenvertrag nicht zu einem generationellen Nachteil wird.

Rente — das klingt weit weg? Warum sollte man sich jetzt schon Gedanken darüber machen, was in 40 oder 50 Jahren ist? Ganz einfach: Weil die Entscheidungen, die heute getroffen werden, die Zukunft direkt beeinflussen. Weil Rente nicht nur bedeutet, irgendwann mal „nicht mehr arbeiten zu müssen“, sondern auch etwas mit sozialer Gerechtigkeit, fairen Löhnen und einer solidarischen Gesellschaft zu tun hat.

Als Gewerkschaften setzen wir uns dafür ein, dass alle Menschen nach einem langen Arbeitsleben eine sichere und würdige Rente bekommen — unabhängig davon, ob sie im Büro, im Krankenhaus, in der Werkstatt oder im Handel arbeiten. Doch genau diese Versprechen stehen unter Druck: Immer mehr Menschen arbeiten in unsicheren Jobs, verdienen zu wenig oder haben Lücken im Lebenslauf — und das wirkt sich direkt auf die Rente aus. **Es lohnt sich schon jetzt, für eine solidarische Alterssicherung einzutreten. Denn eins ist klar: Auch wer jung ist, hat eine Stimme. Und es ist höchste Zeit, sie zu nutzen!**

Drei junge Fakten für die Rente

➤ **Rente ist Teamarbeit – Arbeitgeber dürfen sich nicht drücken.** Der **Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung** liegt bei 18,6 % des Bruttoeinkommens; Arbeitnehmer*innen zahlen die Hälfte, Arbeitgeber*innen die andere Hälfte. Deshalb nennt man es auch eine solidarische Finanzierung, weil beide Seiten zu gleichen Teilen einzahlen. Das war jedoch nicht immer so und einige politische Kräfte wollen das auch wieder ändern. Arbeitnehmer*innen müssten dann mehr einzahlen — das ist unfair und werden wir als Gewerkschaften nicht akzeptieren!

➤ **Wer jung ist, startet oft mit Rentennachteilen — ganz ohne es zu merken.** Viele junge Menschen beginnen ihre Erwerbsbiografie mit unsicheren Jobs, Praktika, Minijobs oder Teilzeit. Diese Zeiten bringen entweder gar keine Rentenansprüche oder nur sehr geringe — das rächt sich später. Faustregel: Je höher und je länger in die Rentenasse eingezahlt wurde, desto höher ist auch die Rente. Achtung: Auch später gibt es weitere Rentennachteile durch Lücken im Erwerbsleben. Beispielsweise durch Unterbrechungen durch Pflege, Krankheit, Kindererziehungszeiten oder Teilzeitarbeit.

Beispiel: Rentenzugänge Altersrente nach Rentenarten 2023 im Saarland, Frauen



845 Euro betrug die durchschnittliche Frauenrente 2023 im Saarland. Wenn eine Frau im Saarland über 35 Jahre Versicherungsjahre verfügte, lag die durchschnittliche Rente bereits bei 898 Euro. Mit 45 Jahre Versicherungsjahren stieg die durchschnittliche gezahlte Rente auf 1.356 Euro. Das sind enorme Unterschiede!

➤ **Deshalb jeder Euro zählt — auch Nebenjobs während der Ausbildung oder im Studium.** Wenn du einen sozialversicherungspflichtigen Job machst (egal ob Haupt- oder Nebenjob), zahlst du automatisch Beiträge zur Rentenversicherung — das bringt dir Rentenpunkte.

Bei Minijobs gilt: Wer bei einem Minijob freiwillig in die Rentenversicherung einzahlt, profitiert langfristig von:

- Wartezeitmonaten für die Rente
- einer höheren Rentenzahlung im Alter
- dem Anspruch auf Reha-Leistungen
- dem Recht auf Erwerbsminderungsrente

Private Vorsorge? Reicht oft nicht — und ist für viele gar nicht möglich.

Private Altersvorsorge wird oft empfohlen — doch:

- Geringverdiener*innen (z. B. viele junge Beschäftigte in Gastro, Pflege, Einzelhandel) können sich das schlicht nicht leisten.
- Die Rendite vieler Modelle ist oft schlechter als erwartet. Deshalb fordern Gewerkschaften: Stärkung der gesetzlichen und betrieblichen Renten statt Privatisierung der Altersvorsorge.

Deshalb fordert der DGB Rheinland-Pfalz/Saarland:

- ➊ Eine **sichere, auskömmliche Rente!** Altersarmut darf keine Generationenfrage sein.
- ➋ Mehr **sozialversicherungspflichtige Beschäftigung** durch höhere Erwerbsbeteiligung, Weiterbildung und Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt für alle!
- ➌ **Absicherung von Lücken im Erwerbsleben**, damit Ausbildungszeiten, Care-Arbeit oder Phasen ohne Beschäftigung nicht zu Altersarmut führen!
- ➍ **Frühzeitige Renteninformation für Jugendliche**, damit jede*r die eigene Rente verstehen und absichern kann!

07 ÜBERSICHT KERNFORDERUNGEN

Damit sich junge Menschen eine duale Ausbildung leisten können, fordern wir eine deutliche **Erhöhung der Ausbildungsvergütungen — am besten mit Tarifvertrag!**

Mehr Ausbildungsplätze und flexiblere Anforderungen von Unternehmen: Nicht nur auf Zeugnisse schauen, sondern die Potentiale erkennen.

Ein Zukunftsfonds für Ausbildung: Wer Jugendliche mit zusätzlichem Unterstützungsbedarf ausbildet, sollte nicht allein auf den Kosten sitzen bleiben. Wir fordern eine faire Finanzierung der Ausbildung — unter Beteiligung aller Betriebe.

Eine Ausbildungsgarantie, die ihren Namen verdient. Wer keine betriebliche Ausbildung findet, der sollte seine Zeit nicht in Warteschleifen verbringen, sondern notfalls außerbetrieblich ausgebildet werden.

Ein **Azubi-Ticket für Rheinland-Pfalz**, damit Azubis klimaschonend und bezahlbar zum Ausbildungsbetrieb und zur Berufsschule kommen!

Wir fordern eine **Reform der Berufsausbildungsbeihilfe (BAB)**, die das BAB unbürokratischer und unabhängig von den Eltern ausgestaltet.

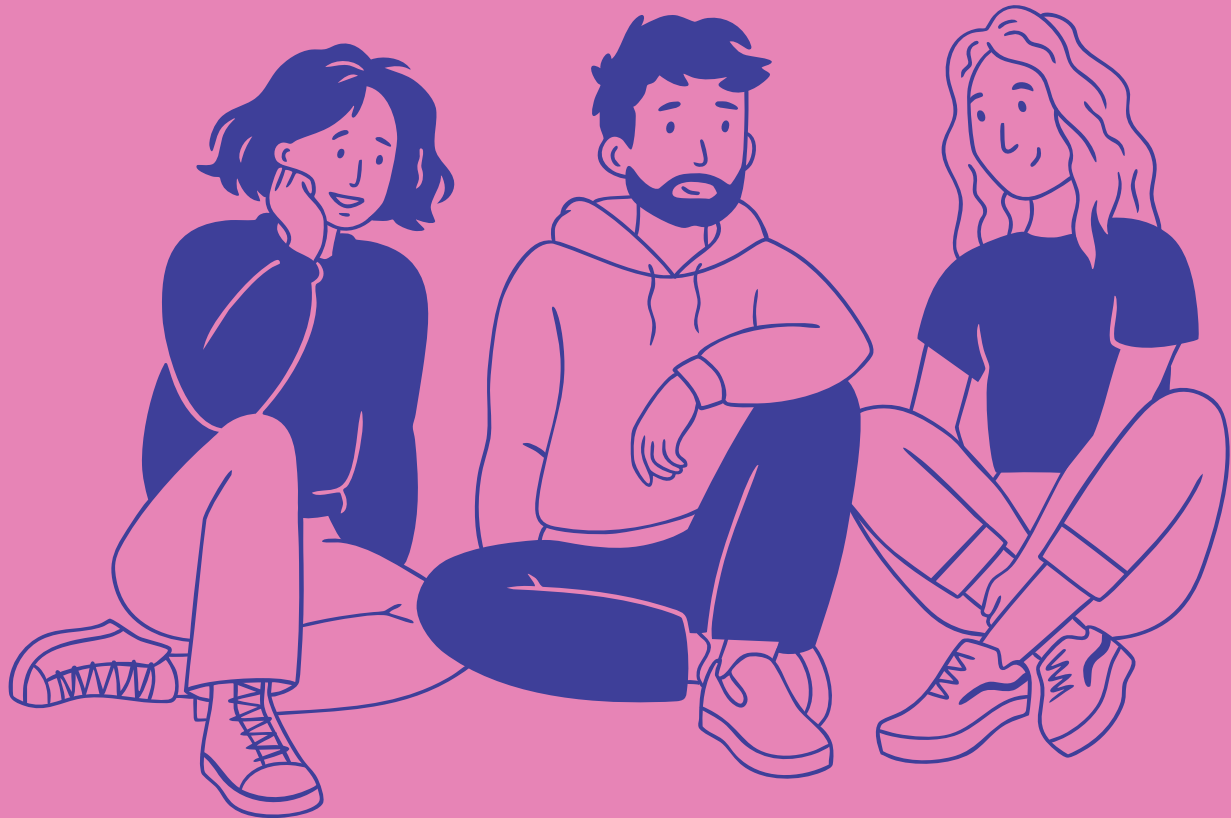
Gute Bildung darf keine Frage des Geldbeutels sein! Die **BAföG-Sätze** müssen an die realen Lebenshaltungskosten angepasst werden, und die soziale Absicherung von Studierenden muss endlich gestärkt und elternunabhängig gestaltet werden.

Eine echte **Bauoffensive** für geförderten Wohnraum speziell für junge Menschen. Azubi- und Studierendenwohnheime mit Preisen, die sich die jungen Menschen auch leisten können.

Eine **Rentenpolitik, die auch jungen Menschen Sicherheit gibt** — mit fairen Beiträgen, stabilen Leistungen und einer solidarischen Finanzierung.

Absicherung von beitragsfreien oder -armen Zeiten: Zeiten wie Ausbildung, Kindererziehung, Pflege, Arbeitslosigkeit oder Krankheit dürfen im Alter nicht zum Nachteil werden. Es sollen Rentenpunkte bzw. Anrechnungszeiten geschaffen oder verbessert werden.

Mehr **Praktikumsangebote, die jungen Menschen den Einstieg erleichtern**, damit alle die Chance bekommen, ihre Fähigkeiten zu zeigen und Betriebe ihren Nachwuchs finden.



08 NÜTZLICHE LINKS

- Noch Planlos:** <https://www.arbeitsagentur.de/bildung/noch-planlos>
Ausbildungsatlas: <https://www.derausbildungsatlas.de/>
Unterstützung im Studium: <https://mwg.rlp.de/themen/wissenschaft/studieren-in-rheinland-pfalz/unterstuetzung-waehrend-des-studiums>
Wohngeld: <https://www.verbraucherzentrale-rlp.de/wissen/geld-versicherungen/kredit-schulden-insolvenz/wohngeld-wer-es-bekommt-und-wie-sie-es-beantragen-78141>
Altersvorsorge erklärt: <https://www.rentenblicker.de/>
Berufsausbildungsbeihilfe: https://www.arbeitsagentur.de/bildung/ausbildung/berufsausbildungsbeihilfe-bab?pk_vid=6a43218ff-48f54801765277350aca348
BaföG: https://www.xn--bafg-7qa.de/bafoeg/de/das-bafoeg-alle-infos-auf-einen-blick/publikatio-nen/publikationen_node.html
Stipendium Hans-Böckler-Stiftung: <https://www.boeckler.de/de/stipendien-2650.htm>
DGB-Jugend: <https://jugend.dgb.de/>
Dr. Azubi: <https://jugend.dgb.de/ausbildung/beratung/dr-azubi>
DGB-Jugend Ausbildungskompass: <https://jugend.dgb.de/ausbildung/beratung/digitaler-kompass>
IG Metall: <https://www.igmetall-berlin.de/aktuelles/meldung/infos-zum-start-in-ausbildung-und-duales-studium>
Ver.di: <https://www.verdi.de/jugend/auszubildende>
IG BCE: <https://igbce.de/igbce/service/service-fuer-auszubildende>
NGG: <https://www.ngg.net/ueber-uns/jungengg>
IGBAU: <https://igbau.de/Azubis-junge-Beschaeftigte.html>
EVG: <https://www.evg-online.org/Jugend/>
GEW: <https://www.gew.de/studium>
GdP: <https://www.gdp.de/mv/de/fuer-dich/leistungen/versicherung/ausbildung-studium>

 Noch Planlos	 Ausbildungsatlas	 Unterstützung im Studium	 Wohngeld
 Altersvorsorge erklärt	 Berufsausbildungsbeihilfe	 BaföG	 Stipendium Hans-Böckler-Stiftung
 DGB-Jugend	 Dr. Azubi	 DGB-Jugend Ausbildungskompass	 IG Metall
 Ver.di	 IG BCE	 NGG	 IGBAU
 EVG	 GEW	 GdP	



Über uns

Der DGB Bezirk Rheinland-Pfalz/Saarland ist die politische Stimme unserer acht Mitgliedsgewerkschaften auf Landesebene und vertritt die gewerkschaftlichen Interessen gegenüber politischen Entscheidungsträgern, Parteien und Verbänden.

Jetzt Mitglied werden! www.dgb.de/service/mitglied-werden

DGB Rheinland-Pfalz/Saarland
Kaiserstraße 26-30
55116 Mainz

Homepage: www.rheinland-pfalz-saarland.dgb.de
Facebook: www.facebook.com/DGBRheinlandPfalzSaarland
Instagram: www.instagram.com/dgb_rlps
Telefon: 06131 2816-0

